



# Neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung will Industrie unterstützen

Deutsche Unternehmen, die Rohstoffe nutzen oder verarbeiten, sind für den Import benötigter Metalle, Mineralien oder Seltener Erden selbst verantwortlich. Sie sichern ihre Versorgung über eigene Lieferanten ab. Die Bundesregierung hielt sich aus guten Gründen bisher zurück. Die Risiken an den globalen Märkten nehmen zu, sodass die deutsche Versorgungslage mit Rohstoffen zunehmend schwieriger wird. Die von der Bundesregierung verabschiedete novellierte Rohstoffstrategie hat eine Neubeurteilung vorgenommen und sieht politischen Handlungsbedarf, um eine in jeder Hinsicht nachhaltige Rohstoffversorgung zu sichern.



Rohstofftransport per Schiene

Foto: dpa

Mit ihrer novellierten Rohstoffstrategie nimmt die Bundesregierung zur Sicherung der Rohstoffimporte von den globalen Märkten eine deutliche Kurskorrektur vor. Grundsätzlich bleibt natürlich Marktwirtschaft Kernelement der Strategie, aber weil einige Rohstoff-Produzenten im Ausland eine enorme Marktmacht entwickelt haben und weil wichtige Nachfrager wie China sowohl die Gewinnung wie auch den Vertrieb von Rohstoffen im eigenen Interesse organisieren, steuert Deutschland nun teilweise um. Zu sehr hängt unser zwar nicht gerade rohstoffarmes Land mit seiner rohstoffintensiven Industrie inzwischen von externer Rohstoffversorgung ab.

Der Rohstoffhunger der Stahlbranche, der Autohersteller, von Elektroniklieferanten und der Bauindustrie treibt die Bundesregierung an. „Ohne Hightech-Rohstoffe wird es keine entsprechenden Zukunftstechnologien „Made in Germany“ geben“, heißt es in der neuen Rohstoffstra-

ategie. Die Verfügbarkeit von mineralischen Rohstoffen wird damit zu einer zentralen Herausforderung für das Industrieland Deutschland.

Als Beispiel für die steigende Nachfrage nach Rohstoffen aus dem Ausland wird die Elektromobilität genannt. Wenn E-Autos und andere Vehikel in Deutschland gebaut werden, werden Mineralien wie Lithium, Kobalt, Nickel und Grafit immer wichtiger, aber auch Metalle wie Aluminium und Kupfer werden in sogenannten Lithium-Ionen-Batterien eingesetzt. Deshalb will sich die Bundesregierung um die Rohstoffversorgung stärker kümmern. Die Konkurrenz befindet sich vielfach in Asien. „Haupttreiber der Rohstoffnachfrage sind die Schwellenländer, allen voran China.“

Die Rohstoffsicherung aus dem Ausland funktioniert nicht mehr so reibungslos und zielgerichtet wie gewünscht. Nicht alle Staaten fühlen sich einem marktwirtschaftlichen Ansatz bei ihrer Rohstoffversorgung verpflichtet. Hinzu kommt bei den heimi-

schen Unternehmen das Problem des zunehmenden „burden shifting“, also der Verlagerung von produktionsbedingten Umweltbelastungen aus Deutschland und Europa heraus. Dem will man nun vor allem entgegenwirken. Deutschland muss also neue Wege gehen, um für seine Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Das bedeutet vor allem die Schaffung eines Level Playing Field, denn die Bundesregierung sieht den freien Welthandel zum Teil außer Kraft gesetzt.

Die Bundesregierung kündigt an, gegen Quasi-Monopole außereuropäischer Rohstoff-Produzenten und gegen staatliche Handelsschranken in Rohstoff-Ländern vorzugehen. So heißt es in der novellierten Rohstoffstrategie „Aufgrund der weltweit deutlichen Zunahme von staatlichen Interventionen in der Rohstoffsicherung wird die Bundesregierung die Möglichkeiten zusätzlicher staatlicher Maßnahmen zur Rohstoffsicherung in einer Auftragsstudie prüfen lassen.“ Auch sollen offenbar Partnerschaften mit Lieferanten per Außenwirtschaftsförderung ausgebaut werden – vor allem in Asien und Afrika. Die Idee: Die deutsche Staatsbank KfW gewährt einem ausländischen Minenunternehmen einen Kredit. Im Gegenzug soll dann ein Großteil der Produktion an deutsche Abnehmer gehen.

Die stärkere Hilfestellung für die deutsche Industrie auf den globalen Märkten wird durch Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Gewinnung unterstützt:

- Trotz Widerstands und umständlicher Planungsvorgaben im dicht besiedelten Deutschland sollen hierzulande wieder mehr Rohstoffe abgebaut werden. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang auf die überragende Bedeutung der Primärrohstoffgewinnung in Deutschland hingewiesen. Dabei



Deutscher Bundestag

Quelle: Lichtblick/Achim Melde

wird auch ein Umdenken von Politik und Gesellschaft gefordert.

- Dazu sollen die Bundesländer bei der Verankerung ihrer Rohstoffvorkommen in Regional- und Landesplänen durch die Bundesregierung aktiver unterstützt werden. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, kurz BGR, soll nun beauftragt werden, ein Programm zu entwickeln, mit dem die staatlichen geologischen Dienste der Bundesländer unterstützt werden können.
- Zur Erreichung einer deutlich höheren gesellschaftlichen Akzeptanz der heimischen Rohstoffgewinnung als bisher soll BGR zudem beauftragt werden, die verfügbaren Rohstoffinformationen in allgemeinverständlicher Sprache neu aufzubereiten, um sie Bildungseinrichtungen und der breiten Bevölkerung näherzubringen.

Dies gilt nicht nur, aber auch für Massen-Rohstoffe wie Sand oder Kies: „Die Bundesregierung setzt sich daher dafür ein, dass die Rohstoffgewinnung in

Deutschland gestärkt wird. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund der regionalen Verknappung von wichtigen Baurohstoffen.“ Die Bundesregierung betont mehrfach die sehr guten Umwelt- und Sozialstandards im heimischen Bergbau.

Schließlich verlangt die Bundesregierung weitere Fortschritte, um bereits verbaute Rohstoffe wiederzuverwerten und in der Produktion neu einsetzen zu können. Also mehr Recycling ist erforderlich. Ganz gut funktioniert Recycling bereits bei der Rückgewinnung etwa von Eisen und Stahl oder bei Edelmetallen wie Gold oder Platin. Schwieriger wird es bei den Spezialmetallen, also Seltenen Erden, Indium, Gallium, Germanium oder Lithium. Die Stoffe sind so komplex verarbeitet, dass sie schwer wieder zu trennen sind. Dazu müssen noch bessere Verfahren gefunden werden. Hier soll jetzt vor allem staatliche Forschungsförderung helfen. Beim Recycling besteht jedoch noch eine ganz eigene Schwierigkeit im Exportland Deutschland. Mit der Ausfuhr hochwertiger Produkte steht ein großer Teil der Rohstoffe am En-

de des Lebenszyklus der Wirtschaft in Deutschland nicht mehr zur Verfügung.

Ein überragendes Thema bei der Rohstoffstrategie ist ebenso die Ökologisierung der Wirtschaft, ein Trend, der nicht mehr aufzuhalten ist. Die Wirtschaft kann die Nachfrage einer nachhaltigen Rohstoffgewinnung bedienen, wenn sie für die Verbraucher bezahlbar bleibt. Insofern wird wichtig, die Kosten einer höherwertigen, weil nachhaltigen Produktion im Auge zu behalten und gleichzeitig nicht die Wettbewerbsfähigkeit auf den heimischen und internationalen Märkten zu verlieren. Gut ist, dass sich das Problem derzeit für alle Branchen gleichermaßen stellt, sodass in fünf oder zehn Jahren das Nachhaltigkeits-Rating für ein börsennotiertes Unternehmen genauso wichtig sein wird wie heute die herkömmliche finanzielle Bonitätsbewertung eines Rohstoffunternehmens durch Moody's oder eine andere Ratingagentur. Zur weiteren Information finden Sie die am 15. Januar 2020 beschlossene Rohstoffstrategie der Bundesregierung unter: [tinyurl.com/wezz9sn](https://tinyurl.com/wezz9sn)